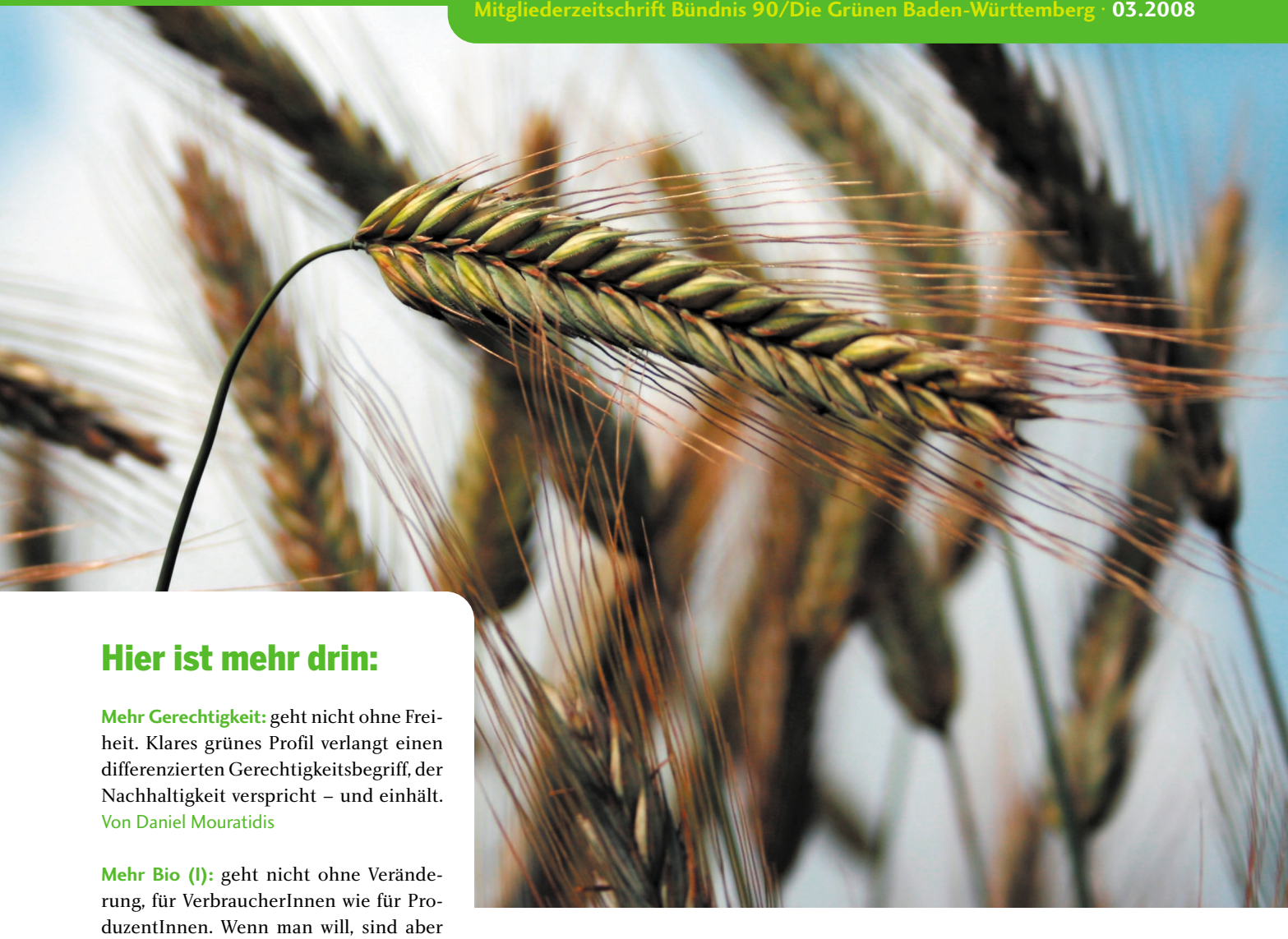
GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 03.2008



Hier ist mehr drin:

Mehr Gerechtigkeit: geht nicht ohne Freiheit. Klares grünes Profil verlangt einen differenzierten Gerechtigkeitsbegriff, der Nachhaltigkeit verspricht – und einhält. Von Daniel Mouratidis

Mehr Bio (I): geht nicht ohne Veränderung, für VerbraucherInnen wie für ProduzentInnen. Wenn man will, sind aber 100 Prozent drin. So der Stuttgarter Demeter-Landwirt Christoph Simpfendörfer im Interview mit Thomas Hornung

Mehr Bio (II): geht nicht ohne gentechnikfreie Landwirtschaft. Thomas Hornung berichtet über den Protest gegen Versuche mit Genmais in Ladenburg.

Mehr Bio (III): geht nicht ohne klares Konzept. Biomasse ist im Aufwind, aber nicht unumstritten. Als Biosprit längst in Verruf geraten, ist sie trotzdem wichtig, auch fürs Klima. Von Franz Untersteller.

Mehr Stille: geht nicht ohne Aktionspläne. Lärm ist oft Umweltproblem Nr. 1, und (fast) jeder ist betroffen. Deswegen wollen alle mitreden. Dürfen sie auch, doch manche Kommunen wollen nicht so recht. Sollten sie aber, so Gisela Splett.

Landwirtschaft begrünen

Von Bernd Murschel

Pflanzenschutzmittel schützen Pflanzen – und töten Bienen. Diese „Nebenwirkungen“ sind nicht gewollt, aber unvermeidlich, und die Risiken sind enorm, wie das massenhafte Bienensterben am Oberrhein in diesem Frühjahr zeigt. Der Einsatz des Pestizids Clothianidin, ein hochgradig toxisches Nervengift, das zum Beizen von Maissaatgut verwendet wird, führte zum Tod von über 11.500 Bienenvölkern. Aber auch dieser Vorfall ist in den Augen der Landesregierung nur eine Verkettung unglücklicher Umstände, ein technisches Versagen, und kein Grund eine andere Landwirtschaftspolitik anzugehen. Statt auf Biologie setzt man auf Chemie, statt Fruchtfolge und Biodiversität sind Neonicotinoide und Maismonokultur die Antwort.

Die Politik der Landesregierung unterstützt massiv den Einsatz von Pestiziden. Damit will sie die landwirtschaftlichen Betriebe effizienter und wettbewerbsfähiger machen. Der CDU-FDP-Kurs lautet: wachsen oder weichen. Industrialisierung des Landbaus und der Tierproduktion oder Hofaufgabe und Ausstieg aus der Landwirtschaft.

Fortsetzung Seite 3

Für ein klares grünes Profil

Von Daniel Mouratidis

„Was ich haben will, das bekomme ich nicht, was ich kriegen kann, gefällt mir nicht“ – diese Textzeile der Band Fehlfarben bringt die aktuelle Stimmung der Parteien auf den Punkt. Der Einzug der Linkspartei in die westdeutschen Parlamente wirbelt die bisherige Lagerarithmetik durcheinander. Deswegen ist es nur richtig, dass nun auch Konstellationen getestet werden, die jenseits der bisherigen Schemata liegen. Uns Grünen kommt hierbei eine Schlüsselposition zu. Abgesehen von einer Großen Koalition und Schwarz-Gelb gibt es ohne uns keine realistische Koalitionsoption. Diese Position ist Chance und Fluch zugleich. Einerseits droht die Gefahr, zur Funktionspartei und damit zur bloßen Mehrheitsbeschafferin zu mutieren. Eine Chance wird aber daraus, wenn wir die neuen Möglichkeiten aktiv nutzen, um Grüne Inhalte durchzusetzen. Allerdings benötigen wir, um bündnisstrategisch voll handlungsfähig zu sein, ein stabiles ideelles Zentrum und ein klares Grünes Profil. Während wir in der Ökologie und in Bürgerrechtsfragen einen großen innerparteilichen Konsens haben, treten Differenzen in der Außen- und vor allem in der Sozialpolitik zu Tage. Hier hilft der Blick auf die Linkspartei, um erstens die grundlegenden Unterschiede in der Auffassung von Gerechtigkeitsfragen zwischen den Mitte-Links-Parteien aufzuzeigen und zweitens das ideelle Zentrum Grüner Sozialpolitik klarer zu definieren.

Zwar fällt die Linkspartei, die bislang im Bund und in Westdeutschland selbst keine Regierungsverantwortung übernehmen will, als potentieller Koalitionspartner aus. Wichtig ist aber, die inhaltlichen Unterschiede zu benennen. Das Linke in der Linkspartei bezieht sich auf eine Wiederkehr der Bundesrepublik der 1980er Jahre. Die Angst vor Veränderung, die der Konservative schon im Namen trägt, steht Pate für die Grundpsychologie dieser rückwärtsgewandten Linken in Deutschland. Da wundert es wenig, dass Lafontaine über neue Fremdarbeiter schwadroniert oder die Linkspartei in der aktuellen EU-Debatte die nationalchauvinistische Karte zieht. Zusammenfassend: Während früher progressive Linke die Verhältnisse zum Tanzen bringen wollten, passt die Linkspartei heute auf, dass sich keiner bewegt.

Dennoch müssen wir die verbreiteten Sorgen der Menschen vor dem sozialen Abstieg ernst nehmen. Grüne, progressive Antworten darauf müssen aber anders lauten. Für eine Partei, die Nachhaltigkeit nicht nur auf die Ökologie, sondern auf alle Politikfelder bezieht, verbietet sich der Ruf nach einem plumpen Mehr aus der großen finanziellen Schöpfkelle. Stattdessen muss unser differenzierter Gerechtigkeitsbegriff weiter herausgearbeitet werden: Chancengerechtigkeit in der Bildung und damit die Überwindung der Drei-Klassen-Schule; Teilhabegerechtigkeit für alle in unserer Gesellschaft; Generationengerechtigkeit in Verteilungsfragen zwischen Jung und Alt; Vorrang der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur vor neuen Verteilungsdebatten. Aus einer progressiven Sicht heraus kann sich Gerechtigkeit nur auf die Freiheit des Einzelnen und damit auf gleiche reale Verwirklichungschancen für jede und jeden beziehen. Gerechtigkeit ohne Freiheit und Selbstbestimmung ist nichts wert – dieser Blick unterscheidet uns von anderen Parteien.

Wir Grüne müssen unser ideelles Zentrum in Abgrenzung zu den anderen Parteien klarer definieren. Nur als Programmpartei werden wir glaubwürdig neue Konstellationen eingehen können. Der Landesverband wird im Vorfeld der Erstellung des Bundestagswahlprogramms Raum schaffen für diese inhaltliche Positionierung.

Karikatur: Stuttmann

Daniel Mouratidis ist Landesvorsitzender der baden-württembergischen Grünen.

Landwirtschaft begrünen

Fortsetzung von Seite 1

Das Land hat große Gestaltungsspielräume in der Agrarpolitik. Notwendig ist eine neue Förderkulisse für die Landwirte und den ländlichen Raum, zum Beispiel zugunsten der Agrar-Umwelt-Maßnahmen. Auf mittlerweile 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Baden-Württemberg wird gentechnikfrei produziert. Wir setzten uns aktiv für weitere gentechnikfreie Zonen ein.

Trotz der seit letztem Jahr um teilweise über 20 Prozent gestiegenen Lebensmittelpreise ist davon nur wenig bei den Bauern hängen geblieben. So haben die Milchbauern durch ihren Boykott die Preiserhöhung im Einzelhandel zwar kurzfristig durchsetzen können, aber schon jetzt sind die Preise wieder im freien Fall. Zu gering scheint die Marktmacht der Milchbauern auf den globalisierten Märkten zu sein, die zwischen genossenschaftlichen Molkereien und Großmolkereien einerseits und den Lebensmitteldiscountern andererseits zerrieben werden. Für das Jahr 2015 wird europaweit die Milchquote auslaufen. Sie war bisher gerade für die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe der Garant für die Abnahme einer bestimmten Milchmenge. Notwendig sind Übergangslösungen zur Reduzierung der Milchmenge und ein langfristig tragfähiges Konzept zur Milchmengensteuerung, welches am Markt orientiert ist.

Der weltweite Anstieg der Nahrungsmittelpreise hat mehrere Ursachen. Die zunehmende Nachfrage durch immer mehr Menschen auf diesem Planeten und veränderte Essgewohnheiten gerade in Schwellenländern sind sicherlich Gründe dafür. Aber mindestens genauso ausschlaggebend ist die weltweite Spekulation an den Börsen, welche immer groteskere Formen annimmt.

Der in diesem Frühjahr durch die Weltbank veröffentlichte Weltagrarbericht hat es mit aller Deutlichkeit formuliert: ein „Weiter so“ in der Landwirtschaftspolitik Europas ist der falsche Weg. Zu groß sind die negativen Auswirkungen der industrialisierten Landwirtschaft auf die Böden, das Wasser und die Biodiversität. Der Weltagrarbericht fordert ein drastisches Umdenken hin zu einer Landwirtschaft, die mit weniger Energieaufwand bei Treibstoffen, Düngemitteln und Pestiziden auskommt, die den Landwirten und ihren Familien ein ausreichendes Einkommen ermöglicht und dem Verbraucherwunsch nach gesunden, pestizid- und genfreien Lebensmitteln gerecht wird. Genau dies sind seit je die Forderungen der Grünen.

Dr. Bernd Murschel ist landwirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Landtag.

KURZ & GRÜN

Kohlekraft-Projekt: Konstanz steigt aus

Der Konstanzer Gemeinderat hat am 26. Juni mit großer Mehrheit gegen eine Beteiligung an dem vom Stadtwerkezusammenschluss Südweststrom geplanten Kohlekraftwerk in Brunsbüttel gestimmt. Der grüne Oberbürgermeister Horst Frank und die grüne Ratsfraktion hatten zuvor erfolgreich für einen Ausstieg aus dem Kohlekraft-Projekt geworben. Nun ist zu hoffen, dass der Konstanzer Beschluss für andere Kommunen Signalwirkung hat und der Bau des klimafeindlichen Kraftwerks doch noch verhindert werden kann. Weitere Infos: www.gruene-konstanz.de

Göppinger Grüne setzen Energieagentur durch

Die Grünen im Göppinger Kreistag haben einen wichtigen Erfolg für den Klimaschutz im Kreis erreicht. Auf Initiative der Grünen Fraktion hin hat der Landkreis Göppingen eine regionale Energieagentur eingerichtet. Die Aufgaben der Agentur reichen von der Energieberatung für Hausbesitzer und Mieter über Energiedienstleistungen wie kommunales Energiemanagement bis hin zur Erstellung von Gutachten und Energiekonzeptionen.

„100 Prozent Bio sind machbar“

Der Landwirt Christoph Simpfendörfer betreibt den Reyerhof in Stuttgart nach biologisch-dynamischen Prinzipien und engagiert sich als Aufsichtsratsvorsitzender ehrenamtlich beim Demeter-Verband.

GB: Bio frisch vom Hof ist doch nur was für Besserverdiener!
Simpfendörfer: Nein. Die Frage lautet doch: Welche Prioritäten setze ich? Verzichtet man auf den zweiten Urlaub? Oder aufs Auto? Und hält man sich an saisonale Produkte und braucht nicht jeden zweiten Tag Fleisch auf dem Teller? So kann man ordentlich Geld sparen. Und so kann sich schließlich fast jeder frische Bioprodukte aus regionalem Anbau leisten.

GB: Was muss man von Bioware in Discountern halten?
Simpfendörfer: In der Regel ist die Qualität in Ordnung. Die großen Ketten können sich da keinen Skandal erlauben. Die Ware ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die Struktur. Mit Bioproduten aus Discountern fördern wir Großstrukturen auch in der Biobranche. So stirbt der Fachhandel; das hat in der Elektrobranche angefangen und ist längst bei den Lebensmitteln angekommen.

GB: Das müsste Sie doch freuen, wenn Bioprodukte massentauglich werden. Nicht jeder kann auf einen Biobauernhof um die Ecke radeln.
Simpfendörfer: Ja, klar. Und Bioprodukte sind ja bereits von der Nische in der Mitte der Gesellschaft angekommen. So hat sich auch die Struktur bei den Biobauern verändert: Früher gab es Pionierbetriebe, die fast alles angebaut haben. Heute gibt es viele Spezialisten und große, leistungsfähige Erzeugergemeinschaften. So entwickeln sich die Strukturen auch in unserer Branche parallel zum Absatz. Die Distribution wird deutlich günstiger, je höher die Absatzmenge ist. Die Kosten beim ökologischen oder biologisch-dynamischen Anbau jedoch bleiben im Vergleich zum konventionellen Anbau stets höher.

GB: Nochmals: Wie erreichen wir mit Bioprodukten eines Tages die breite Masse? Was doch vor allem heißen müsste: Wie werden Bioprodukte günstiger?
Simpfendörfer: Den ersten Schritt müssen die Verbraucher machen mit einer deutlich höheren Nachfrage. Der Anteil von Bioprodukten liegt zurzeit bei gerade mal fünf Prozent. Zweitens braucht die Biolandwirtschaft mehr staatliche Unterstützung, zum Beispiel Umstellungshilfen für konventionelle Landwirte, die die Seiten wechseln wollen. Denn ohne Förderung ist die Umstellungsphase kaum zu meistern: Zwei bis drei Jahre beträgt die Übergangszeit, in der man zwar bio produziert, aber nur konventionell verkaufen kann. Auch Investitionshilfen sind notwendig. Keine Sorgen hingegen mache ich mir um die Flexibilität des Handels – der hat Erzeuger und Nachfrager schon immer zusammengebracht.

GB: 100 Prozent Bio – ein utopisches Ziel?
Simpfendörfer: Weltweit betrachtet ist es so, dass biologische Landwirtschaft insgesamt mehr Ertrag bringt als konventionelle. Nur bezogen auf pflanzliche Produkte sehe ich das Ziel erreichbar. Allerdings müsste der Fleischkonsum dann signifikant eingeschränkt werden. Die Latte der positiven Wirkungen übrigens wäre enorm. Nur ein Beispiel: Allein die Gefahr von Überschwemmungen würde erheblich zurückgehen, denn biologisch bewirtschaftete Böden kommen viel besser mit zu viel Wasser zurecht als die verdichteten Böden aus der konventionellen Landwirtschaft. 100 Prozent Bio wäre also auch volkswirtschaftlich ein enormer Fortschritt.

GB: Was erwarten die Biobauern von der Politik in den nächsten Jahren?
Simpfendörfer: Zunächst einmal fordern wir ein schärferes Gentechnikgesetz, das uns besser schützt und in dem das Verursacherprinzip gilt. Dann benötigen wir Direkthilfen, also die Wiedereinführung der Umstellungshilfen sowie Investitionszuschüsse. Und schließlich muss der Staat für mehr Aufklärung und Nachfrageförderung sorgen.

GB: Und was erwarten Sie von den Verbrauchern?
Simpfendörfer: Ein weiter wachsendes Bewusstsein, dass im Preis des Einzelproduktes auch Leistungen wie der Erhalt einer artenreichen und der Erholung dienenden Kulturlandschaft enthalten sind.

Die Fragen stellte Thomas Hornung.

Risiko ohne Nutzen

Von Thomas Hornung

Es ist Februar 2006, als Alexander Spangenberg, Vorsitzender der BUND-Ortsgruppe Ladenburg, im Standortregister die Entdeckung macht: Auf Gemarkung der historischen Stadt am Neckar soll auf zwei Feldern der gentechnisch veränderte Mais „Monsanto 810-6“ angebaut werden. Der BUND initiiert sofort Protestaktionen, bezieht Lokalpolitiker mit ein, Fritz Kuhn und Uli Sckerl nehmen sich der Sache an, ein Gremium aus mehreren Gruppen, Vereinen und Einzelpersonen bildet sich: Das BuerGenLand ist aus der Taufe gehoben. „Bürger für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in der Kurpfalz“, so heißt in der Langversion die Initiative.

Dicke Bretter bohren die BuerGenLänder seither, vor allem bei den Landwirten. Sprecher Florian Knappe: „Die Frage ist: Sollen wir uns darauf versteifen, Ökolandbau zu propagieren? Oder müssen wir im Kampf gegen die Gentechnik nicht auch – oder: erst recht – mit den konventionellen Landwirten sprechen?“ So haben sie sich eine Vielzahl von Aktionen und Maßnahmen ausgedacht. So können konventionelle LandwirtInnen eine Selbstverpflichtung unterschreiben, mit der sie auf den Einsatz gentechnisch veränderter Saaten oder Futters verzichten. Zur Aussaatzeit wurde ein Feldspaziergang unternommen, der für die ländlichen Verhältnisse unweit Heidelbergs fast zu einer Großkundgebung wurde. An die breite Öffentlichkeit und ganz besonders auch an die LandwirtInnen richtet sich die Initiative mit ihrem „Regionalmarkt“: Dort präsentieren sich, zuletzt im September 2007, neben Ökolandwirten auch konventionelle Landwirte, die jedoch die Selbstverpflichtungserklärung unterschrieben haben müssen. Darüber hinaus wird Aufklärung an den Schulen betrieben.

Großes Presseecho hat vor zwei Jahren die „Feldbefreiung“ durch Unbekannte hervorgerufen. Florian Knappe sieht das mit gemischten Gefühlen: „Wir brauchen die Öffentlichkeit. Aber Nacht- und Nebelaktionen rufen gerade auf dem Land selbst bei SympathisantInnen Misstrauen und Ablehnung hervor.“ Er verspricht, mit einer „kreativen Aktion“ in Kürze für Aufmerksamkeit zu sorgen. Auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, das ist BuerGenLand bisher ganz gut gelungen, „dank auch der intensiven Unterstützung durch Uli Sckerl vor Ort und in Stuttgart“, betont der Sprecher. So sind einige Kommunen aus dem Rhein-Neckar-Kreis Mitglied bei BuerGenLand geworden. Andere haben immerhin ihre Pachtverträge mit „Genfrei-Klauseln“ versehen. Und eine Molkerei aus dem nahen Odenwald hat mit ihren Zulieferern einen Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel vereinbart.

Ob er an das Aus für die Versuchsfelder glaubt? „Ja, natürlich“, sagt Florian Knappe, sonst würde er wohl nicht kämpfen. Er sieht den Landwirtschaftsminister in der Pflicht, der auch Druck aus den CDU-Reihen bekommt: „Peter Hauk hält nur aus politischen Gründen an den Versuchen fest, denn er will das Land als wissenschaftsfreundlich präsentieren.“ Dabei, so Knappe, handele es sich um ein „erhebliches Risiko ohne jeden Nutzen“.

Thomas Hornung (KV Mannheim) ist Redakteur der Grünen Blätter.

KURZ & GRÜN

KV Tuttlingen setzt auf regionale Themen

Der KV Tuttlingen will verstärkt regionale Themen in den Vordergrund seiner Arbeit stellen. So soll im Herbst eine Veranstaltung zum Thema „Atommüllendlager Benken“ stattfinden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Einführung einer „Gesplitteten Abwassergebühr“ in den Gemeinden des Landkreises Tuttlingen. Basierend auf den Erfahrungen bei der Umsetzung in der Stadt Villingen-Schwenningen soll versucht werden, die Gebührengerechtigkeit wieder herzustellen. Zugleich wird ein finanzieller Anreiz zur Entsiegelung und zur naturnäheren Planung von Flächen geschaffen. Weitere Infos: www.gruene-tuttlingen.de

Ravensburg: Grüner Erfolg beim Fuhrparkmanagement

Der Kreistag Ravensburg stimmte kürzlich dem Antrag der Grünen auf Umrüstung des Fuhrparks auf ökologische Fahrzeuge einstimmig zu. Grünen-Kreisrat Sing forderte die Einführung eines Fuhrparkmanagements und die Umstellung von zehn Fahrzeugen auf umweltfreundliche Technologien. Die Verwaltung schafft nun sogar 13 Fahrzeuge mit innovativer „BlueMotion“-Technik und drei Fahrzeuge mit Erdgastechnik an. Das ist ganz nach dem Geschmack der Grünen: Ein ökologischer Fortschritt, der einen wirtschaftlichen Gewinn von 20 Prozent mit sich bringt, ohne Arbeitsplätze zu riskieren. Weitere Infos: www.gruene-ravensburg.de oder bruno.sing@t-online.de

Biomasse nachhaltig nutzen

Von Franz Untersteller

Biomasse ist die weltweit meistgenutzte erneuerbare Energiequelle: Viele Menschen kennen nur das offene Holzfeuer mit giftigen Emissionen. Deshalb ist der Anteil der Erneuerbaren am Primärenergieverbrauch weltweit mit 14 Prozent noch fast drei Mal so hoch wie in Deutschland. Die Industrienationen verbrennen stattdessen die in Jahrmillionen in Pflanzen gespeicherte Energie als Kohle, Öl und Gas – mit dem Nebenprodukt CO_2. Die Quittung dafür ist der Klimawandel.

Kein Klimaschutz ohne Bioenergie

Biomasse ist der Alleskönner unter den Erneuerbaren: für Strom, Wärme, Treibstoff und den stofflichen Ersatz von Erdölprodukten. Biomasse kann sogar im Gegensatz zu Wind Grundlaststrom erzeugen. Bei rund zehn Prozent des Primärenergieverbrauchs liegt das Bioenergiepotenzial Baden-Württembergs, genutzt werden bisher etwa drei Prozent. Unser Ziel ist es, das Potenzial bis zum Jahr 2020 voll auszuschöpfen.

Biomasse ist ein nachwachsender Rohstoff, aber er ist durch die zur Verfügung stehenden Flächen begrenzt. Effizienz bei der energetischen Nutzung von Biomasse und hohe Nachhaltigkeit in der gesamten Nutzungskette sind grüne Kriterien, um verschiedene Formen der Bioenergie zu beurteilen.
Bei angebauter Biomasse ist der Natur- und Bodenschutz relevant: Gibt es Auswirkungen auf die Humusbilanz und den Pestizideinsatz? Hier schneidet Mais, den man statt als Futter auch in Biogasanlagen verwerden kann, oder Raps für Biodiesel negativ ab – allerdings nicht schlechter als unsere Speisekartoffeln. Bei der Artenvielfalt steht Weizen nicht gut da. Biogasanlagen sollten daher höchstens zur Hälfte mit einer einzigen Frucht betrieben werden. Grünland sollte nicht für den Anbau von Energiepflanzen umgebrochen werden.

Bei biogenen Reststoffen wie Waldrestholz, Grünschnitt, Reste aus der Landschaftspflege, Gülle oder Tierabfällen entfallen viele dieser Probleme. Auch bei der Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion schneiden sie naturgemäß gut ab. Im novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz wird die Reststoffnutzung daher zurecht stärker gefördert. Aber auch in der Forschung muss es weiter gehen, denn noch kann man zum Beispiel den Gärprozess in einer Biogasanlage nicht allein mit Reststoffen stabil halten.

Die CO_2-Bilanz muss stimmen

Bei Bioethanol oder Biodiesel ist die CO_2-Bilanz je nach Rohstoff und den gefahrenen LKW-Kilometern bis zur Anlage sogar negativ. Viel CO_2 vermeidet dagegen eine Holzhackschnitzelheizung, noch mehr ein Holzheizkraftwerk, bei dem Wärme und Strom erzeugt und genutzt werden. Der Weg zu mehr Effizienz ist derselbe wie im konventionellen Bereich: Wir brauchen eine bessere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung. Das Land muss Geld in die Hand nehmen und die Kommunen beim Bau von Nahwärmenetzen unterstützen. Und wir müssen durchsetzen, dass Biogasanlagen auch dort gebaut werden, wo Wärmeabnehmer sind, nämlich nah an Siedlungen.

Biosprit der ersten Generation fällt durch das grüne Raster: Diese Form der Treibstoffherstellung – das sagt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen – hilft dem Klima so gut wie nicht, trägt aber wohl zur Verteuerung der weltweiten Nahrungsmittelpreise bei. Dass die EU den Beimischungszwang für Biotreibstoffe aussetzen will, ist richtig. Biosprit, zu große Autos und ineffiziente Motoren dürfen den Ruf des unverzichtbaren erneuerbaren Energieträgers Biomasse nicht länger schaden.

Franz Untersteller ist energiepolitischer Sprecher der Grünen im Landtag.

Stille ist kostbar

Von Gisela Splett

Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Lärm sind in zahlreichen Studien belegt. Für viele Menschen ist Lärm das Umweltproblem Nummer eins in ihrem Wohngebiet. Die stärksten Belastungen gehen dabei vom Straßenverkehr aus, gefolgt von Fluglärm, Nachbarschaftsgeräuschen, Schienen- und Gewerbelärm.

Wie oft in Umweltfragen ergeben sich durch EU-weite Regelungen neue Optionen für die grüne Politik vor Ort. Ziel der 2002 beschlossenen EU-Umgebungslärmrichtlinie ist ein hohes Gesundheits- und Umweltschutzniveau. Entsprechend der Richtlinie sind in zwei Phasen Lärmkartierungen vorzunehmen und Aktionspläne zu erstellen. Die erste Phase betrifft im Land neben den Städten Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe alle Kommunen, die an Verkehrswegen mit mehr als sechs Millionen Kraftfahrzeugen oder mehr als 60.000 Zügen pro Jahr liegen, sowie den Stuttgarter Flughafen. Hier waren die Lärmkartierungen bis 30. Juni 2007 zu erstellen; bis 18. Juli 2008 sollten die Aktionspläne fertig sein. In der zweiten Phase ab 2012 gilt die Umgebungslärmrichtlinie für alle Ballungsräume mit mehr als 100.000 Einwohnern und für sämtliche Hauptverkehrsstraßen (mit mehr als 3 Millionen Kraftfahrzeugen) und Hauptteisenbahnstrecken.

Die Richtlinie gibt vor, dass die Öffentlichkeit in die Ausarbeitung der Aktionspläne intensiv mit eingebunden werden muss. Die Mitwirkung an der Lärmaktionsplanung geht weit über normale „Beteiligungsverfahren“ hinaus. Das ist sicherlich für viele Kommunen eine Herausforderung; vielerorts wird die Mitwirkung von grüner Seite her eingefordert werden müssen. Doch das lohnt sich: Je stärker die Menschen in die Planerstellung eingebunden werden, desto mehr engagieren sie sich später für die Umsetzung.

Auch wenn die Landesregierung Auslösewerte für die Aktionsplanung definiert hat, um so die Erstellung der Aktionspläne auf die absoluten Lärmschwerpunkte einzuengen, sind diese Werte nicht bindend. Ziel grüner Umweltpolitik muss sein, dass kein Mensch gesundheitsgefährdendem Lärm ausgesetzt ist. Wir Grünen halten deshalb im Gegensatz zur Landesregierung an der Zielsetzung des Landesumweltplans aus dem Jahr 2000 fest, wonach die Bevölkerung tagsüber keinem Lärmpegel von im Mittel über 65 dB (A) ausgesetzt sein soll. Langfristig ist ein Zielwert von maximal 55 dB (A) bei Tag und maximal 45 dB (A) bei Nacht anzustreben.

KOMMUNAL WAHL2009

Welche Maßnahmen kann ein Lärmaktionsplan konkret enthalten? Das positive Beispiel der Stadt Norderstedt zeigt es: Die Stärkung von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und des öffentlichen Personennahverkehrs gehören dazu ebenso wie ein Lkw-Lenkungskonzept, der stadtgestalterische Umbau von Straßen und Temporeduzierungen – auch auf Hauptverkehrsstraßen sind Tempo-30-Abschnitte kein Tabu.

Lärmaktionsplanung ist eine Querschnittsaufgabe, die eng verbunden ist mit grüner Stadtplanung, Verkehrs- und Luftreinhaltepolitik. Sie bietet Chancen für die Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden – lasst uns diese Chancen nutzen.

Gisela Splett ist umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag und war sieben Jahre lang Stadträtin in Karlsruhe.

KURZ & GRÜN

Mit PPP-Bad baden gegangen

Der Leimener Bäderpark ist im Land das erste Bad, das im Rahmen eines PPP-Projekts umgebaut und betrieben wird. Immer wird mit 20 Prozent Kostenersparnis geworben. Nur: Die Realität sieht in Leimen anders aus. Nachdem das Bad 2007 eröffnet wurde, stellte der Betreiber schon im März 2008 klar, dass ohne Erhöhung der Zuschüsse das Bad noch in diesem Jahr geschlossen werden wird. Infos: www.gall-leimen.de oder ralf.fruehwirt@t-online.de

Wahlrecht: Grüner mit Klage erfolgreich

Das Bundestagswahlrecht muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juli 2008 geändert werden. Einer der erfolgreichen Kläger war Michael Joukov, der Beisitzer im Landesvorstand der Grünen Jugend und grüner Stadtrat in Ulm ist.

TERMINE

13. September 2008
Regionalkonferenz
„Bildung im ländlichen Raum“,
Aalen, 11 – 15 Uhr
Infos: www.gruene-bw.de

28.–30. Sept. 2008
Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Baden-Württemberg in Freiburg Infos: www.gibw.de

11./12. Oktober 2008
23. Landesdelegiertenkonferenz der baden-württembergischen Grünen, Congress-Centrum Stadtgarten, Schwäbisch Gmünd
Infos: www.gruene-bw.de

25. Oktober 2008
Regionalkonferenz
„Klimaschutz in der Kommune“,
i-Park, Lauda-Königshofen, 11 – 15 Uhr
Infos: www.gruene-bw.de

8. November 2008
Regionalkonferenz
„Der Arbeitsmarkt im Wandel – Sozialpolitik in der Kommune“,
Rottweil, Badhaus,
Neckartal 177, 11 – 17 Uhr

14.–16. November 2008
28. Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Messe, Erfurt

29. November 2008,
Regionalkonferenz
„Die Kommunen im demografischen Wandel“,
Bad Säckingen, Kursaal,
Rudolf-Eberle-Platz 3,
Konferenzraum 2, 11 – 17 Uhr

IMPRESSUM:

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
Forststraße 93 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Druck: Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 6.500 Exemplare)
Layout&Satz gerhard@fontagnier.de
Gedruckt auf Umweltpapier

Redaktion: Dr. Silke Argo, Tilo Berner, Philip Eberhardt, Thomas Hornung, Andrea Lindlohr, Wolfgang Schmitt, Nele Schönau, Wolfgang Schreiner, Eva Maria Vögtle

Bildquellen:
Seite 1: Christoph Hainc/photocase.de
Seite 2: Karikatur Klaus Stuttmann
Seite 3: UlrikeA/mistro/photocase.de
Seite 4/5: alphoxic/photocase.de
Seite 6: rockit_de/photocase.de
Seite 7: Joexx/photocase.de

DISPLAY FACTORY
„THE MANUFACTURER“

Am Anfang steht der perfekte Auftritt

Die Display Factory GmbH versteht sich als ein Allrounder im Displaymarkt, der seinesgleichen sucht. Sie als Kunde, Ihre Präsentation und Ihr Auftritt stehen im Mittelpunkt unseres Focus. Aus diesem Grund produzieren wir von A bis Z alles in unserem eigenen Werk in Köln. Ob Messestände, Präsentationswände, Counter, Banner oder P.O.S-Artikel, wir statten Sie Ihren Wünschen entsprechend individuell aus.

Um alle diese Produkte innerhalb kürzester Zeit zu einem günstigen Preis und auf höchstem Qualitätsniveau, unabhängig von der zu produzierenden Menge, herstellen zu können, haben wir alles ohne lange Transportwege vor Ort, im eigenen Werk und unter eigener Qualitätskontrolle.

Das gibt Ihnen als Kunde die Gewissheit, sich vom alltäglichen Einerlei abzuheben und alle Produkte nach Ihren eigenen Bedürfnissen gestalten zu können.

Nehmen Sie uns beim Wort! Wir geben unser Bestes für Ihren Auftritt.

Display Factory · Max-Planck-Straße 35 · 50858 Köln
Fon +49(0)2234-93 34 40 · Fax +49(0)2234-93 34 422 · mail@display-factory.info · www.display-factory.info